

Schwestern und Brüder!

„Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist!“ – Die Antwort Jesu auf seine Fallensteller gibt bis heute Rätsel auf: Ist das Ernst, Gewitztheit oder gar Ironie? Die Deutungsgeschichte dieser Bibelstelle ist jedenfalls mit Missverständnissen gepflastert. – Jahrhunderte lang wurde damit eine faktische Gleichstellung von politischer und religiöser Autorität begründet und in der Folge eine prinzipielle christliche Gehorsampflicht gegenüber politischen Obrigkeiten. Am unverschämtesten war da einmal mehr der Nationalsozialismus: Franz Jägerstätter etwa wurde vor dem Militärgericht mit genau diesem Bibelzitat bedrängt: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!“ – das gelte genauso für einen Hitler. Ich würde das eine machtpolitisch motivierte Vergewaltigung des Evangeliums nennen.

Denn ich halte dafür, das unscheinbare Bindewort „und“ in diesem Fall ganz anders zu lesen als im Sinne einer Gleichstellung der damit verbundenen Elemente – also eher im Sinne einer Gegenüberstellung, um vorhandene Kontraste und Widersprüche noch stärker hervortreten zu lassen – eher im Sinne eines „aber“: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers – *aber* Gott, was Gottes ist!“ – Ist eine Gleichstellung von Gott und Kaiser denn überhaupt sinnvoll denkbar – zumal in der jüdisch-christlichen Gottestraktion, wie sie der Prophet Jesaja in der heutigen Lesung auf den Punkt bringt mit den Worten: „So spricht der Herr ...: Ich bin der Herr, und sonst niemand.“?!? Es erscheint vor diesem Hintergrund doch geradezu grotesk, wie unsere Evangelienstelle jemals gelesen werden konnte im Sinne einer Gleichstellung von irdischer und göttlicher Autorität. Nein, hier wird keinesfalls gleichgestellt, vielmehr eine himmelweite Differenz angesprochen! Werden damit aber irdisch-politische Autoritäten überhaupt lächerlich gemacht? Oder behalten sie eine – wenn auch begrenzte – Gültigkeit?

Die kirchliche Soziallehre ist jedenfalls keineswegs anarchistisch, sondern zunächst ziemlich staatsfreundlich eingestellt: Sie sagt, dass der Staat und seine Gesetzgebung notwendig sind – notwendig für ein geordnetes Zusammenleben innerhalb einer Gesellschaft; notwendig für den Schutz des Gemeinwohls vor inneren und äußeren Bedrohungen; notwendig für den Schutz des Einzelnen und seiner Menschenwürde. Das soziale Zusammenleben ist eben komplex und braucht deshalb Spielregeln, um nicht in Chaos und roher Gewalttätigkeit zu versinken; Regeln, an die sich deshalb auch alle zu halten haben – selbst dann, wenn es dem Einzelnen nicht immer passt: Wer zahlt z.B. schon aus Vergnügen Steuern? Es mag manchen auch lästig sein, in die Schule gehen zu müssen oder in einem Verkehrsstau geduldig zu warten, statt einfach drauflos zu überholen. Dennoch sind alle gehalten, die staatliche Ordnung grundsätzlich zu respektieren und zu beachten. Wir erwarten das ja schließlich auch von anderen – spätestens dann, wenn wir selbst einmal schwächer als andere sind, krank etwa oder sonst wie benachteiligt und schutzbedürftig. Es ist also letztlich eine Frage des Gemeinwohls und der Solidarität, sich selbst zu Gehorsam und Loyalität gegenüber Recht und Gesetz zu verpflichten.

Aber – und hier kommt der zweite Halbsatz in der schlaun Antwort Jesu ins Spiel: Diese Verpflichtung hat niemals eine absolute, sondern immer nur eine bedingte Geltung. Es kann für ChristInnen nämlich auch eine gegenteilige Verpflichtung geben, eine moralische Pflicht zu couragiertem Widerstand *gegen* Autoritäten – und zwar dann, wenn diese andere Zwecke verfolgen als die Förderung guten Lebens für alle oder den Schutz vor Gewalt, Unrecht und Machtmissbrauch – insbesondere gegenüber Schwachen und Benachteiligten.

Mir scheint diese Erinnerung an eine christliche Widerstandspflicht wichtig und hochaktuell: In kritischen Auslassungen zum politischen Islam gefallen sich (selbsternannte) Verteidiger „westlich-aufgeklärter Werte“ heute oft in der Anklage, dass viele Muslime die Gesetze ihrer Religion über das demokratisch legitimierte Recht jener Staaten stellten, in denen sie leben. – „Ja – und?“, müssten wir ChristInnen hier eigentlich fragen: Gilt das nicht auch für uns? Steht nicht auch in unserer Bibel (in der Apostelgeschichte): „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.“? Verehren wir nicht gerade deshalb z. B. einen Franz Jägerstätter als „Märtyrer des Gewissens“, weil er sich der Stimme Gottes in seinem Gewissen mehr verpflichtet fühlte als der Staatsräson?

Vielleicht tun wir ChristInnen uns aktuell noch sehr leicht, staatliche Spielregeln anzuerkennen, weil diese *grosso modo* auf einem immer noch stark vom Christentum inspirierten Wertekanon gründen. Aber wie lange noch? Die Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen in Österreich und Deutschland mahnen hier zumindest kritische Aufmerksamkeit ein: Der massive Rechtsruck gerade jener zuletzt siegreichen Parteien, die das „C“ zwar noch in Namen oder Parteiprogramm führen, entfernt diese in Wirklichkeit zusehends von Positionen, auf die uns das Evangelium oder auch die kirchliche Soziallehre verpflichten, z.B. in der Asyl-, aber auch in der Sozial- und Steuerpolitik. Die im Frühjahr von zahlreichen kirchlichen Organisationen ins Leben gerufene Initiative „Christlich geht anders“ macht auf diesen größer werdenden Graben aufmerksam zwischen dem aktuellen politischen Mainstream und der Botschaft vom Gottesreich; und auch bzw. gerade nach der jüngsten Wahl hat diese Initiative nichts an Aktualität verloren. Vielleicht werden wir in den kommenden Jahren als *ChristInnen* zusehends gefordert sein, uns gegen Mehrheitsmeinungen zu stellen und sogar staatlichen Gesetzen mit Widerstand zu begegnen.

Das Evangelium verlangt diesen gegenüber jedenfalls keineswegs unbedingten Gehorsam. Es fordert auf, sich loyal und konstruktiv am Leben der Gesellschaft zu beteiligen und deren Gesetze nicht als etwas Beliebiges auf die leichte Schulter zu nehmen. Es fordert sogar auf, diese Gesetze auch dann einzuhalten, wenn sie einem persönlich gegen den Strich gehen. Das ja! – Das Evangelium sagt aber nicht, dass jeder politischen Verirrung einfach blind zu folgen ist, selbst wenn sie mehrheitlich beschlossen bzw. von einer demokratisch legitimierten Autorität verfügt und rechtlich gedeckt sein sollte. Wo also – durch welche Autorität auch immer! – menschliches bzw. gemeinschaftliches Leben und seine Würde bedroht oder verletzt werden, da ist gemäß dem Evangelium unzweideutig einem höheren Gesetz zu folgen, ja da könnte für uns nicht Gehorsam, sondern Widerstand zur Pflicht werden.